

Birma: Neues Gesetz beschneidet Religionswechsel

Menschenrechtler: Eingriff in die Glaubensfreiheit von Christen und Muslimen Göttingen/Rangun (idea) – Das Parlament Birmas hat ein Gesetz verabschiedet, dass die Religionsfreiheit nach Ansicht von Menschenrechtlern erheblich beschneidet. Künftig muss jeder, der in dem südostasiatischen Land seine Religion wechseln will, seine Motive vor einer staatlichen Kommission darlegen und glaubhaft machen, dass er freiwillig übertritt. Bei Zuwiderhandlung drohen bis zu zwei Jahre Haft und eine Geldstrafe. Nach Ansicht der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) stellt dies besonders für die christliche und die muslimische Minderheit in dem überwiegend buddhistischen Land einen massiven Eingriff in die Freiheit der Religionsausübung dar. Mission ist ohnehin verboten.

„Gift“ für das Zusammenleben

Wie der Asienreferent der GfbV, Ulrich Delius (Göttingen), am 20. August mitteilte, sind die umstrittenen neuen Vorschriften Teil eines von buddhistischen Nationalisten propagierten Gesetzespakets. Es umfasse vier „Rasse- und Religionsgesetze“. Zwei von ihnen sollten das Geburtenwachstum von Nicht-Buddhisten eindämmen und Eheschließungen zwischen Buddhisten und Andersgläubigen einschränken. Das Gesetzespaket sei „Gift für das Zusammenleben von Menschen unterschiedlichen Glaubens“, betonte Delius. Es fördere Gewalt und Misstrauen gegen die Christen und Muslime. Der christliche Glaube ist vor allem unter den Volksgruppen der Chin, Karen, Karenni und Kachin verbreitet, der Islam unter den Rohingya. Von den 51,4 Millionen Einwohnern Birmas sind nach offiziellen Angaben 87,2 Prozent Buddhisten, 5,5 Prozent Christen, 3,6 Prozent Muslime und die übrigen Anhänger anderer Religionen.

Deutschland: Religiös motivierte Krawalle in Suhl

Singhammer für religiös getrennte Unterbringung Suhl (idea) Probleme können bei der gemeinsamen Unterbringung von Christen und Muslimen in deutschen Flüchtlingsheimen aufkommen. So brachen am 19. August aufgrund religiöser Auseinandersetzungen heftige Krawalle in einer Einrichtung in Suhl (Thüringen) aus. Auslöser war, dass einem Mann vorgeworfen wurde, Seiten aus dem Koran gerissen zu haben. Daraufhin wurde er zunächst von 20 Heimbewohnern verfolgt. Die Gewalt eskalierte; mehrere Menschen wurden durch Messerstiche verletzt. Die Wut richtete sich auch gegen die Polizei. Etwa 50 Personen bewarfen die Beamten mit Steinen und gingen mit Eisenstangen auf sie los. Von den zehn Verletzten waren mindestens drei Polizisten. Das Flüchtlingsheim in Suhl ist für 1.200 Personen ausgelegt, untergebracht sind aber bis zu 1.800.

Bundestagsvizepräsident Singhammer für religiös getrennte Unterbringung

Bundestagsvizepräsident Johannes Singhammer (CSU) hatte sich bereits im vorigen Jahr dafür ausgesprochen, im Notfall christliche Flüchtlinge nicht zusammen mit Angehörigen anderer Religionen unterzubringen. Es gebe immer wieder Hinweise, dass sich Täter und Opfer in einer Unterkunft in Deutschland wiederfänden und die Opfer erneut verhöhnt und gemobbt würden. Die getrennte Unterbringung sei aber nur die zweitbeste Lösung. Singhammer: „Wir müssen Verfahren entwickeln, um möglichst zu vermeiden, dass Täter das Asylrecht nutzen, um die Diskriminierung oder Verfolgung von Christen hier fortzusetzen. Solche Täter sollten gar nicht erst in Deutschland einreisen können.“

Frankreich: Katholiken stehen unter Polizeischutz

Terrorprävention am katholischen Feiertag Mariä Himmelfahrt Paris (idea) – Die katholischen Kirchen in Frankreich stehen unter erhöhtem Polizeischutz zur Vorbeugung vor Terroranschlägen. Der Anlass: Am 15. August feiern die Katholiken „Mariä Himmelfahrt“; dazu werden allein in der Pariser Kathedrale Notre Dame etwa 150.000 Besucher erwartet. Die katholische Bischofskonferenz empfiehlt den Kirchgängern, besonders wachsam zu sein und während der Messe keine Taschen unbeaufsichtigt liegen zu lassen. Am selben Tag wollen die katholischen Kirchen außerdem um 12 Uhr aus Solidarität mit verfolgten Christen im Nahen Osten ihre Glocken läuten. Schon im April verschärfte die französische Polizei die Schutzmaßnahmen für 178 Kirchen, nachdem ein Anschlag im Pariser Vorort Villejuif vereitelt worden war. Im Januar war die Sicherheitsstufe für katholische und protestantische Kirchen sowie Synagogen und Moscheen infolge von Anschlägen auf Büros der Satirezeitschrift Charlie Hebdo und einen jüdischen Supermarkt erhöht worden. Von den 65,8 Einwohnern Frankreichs sind rund 64,3 Prozent Katholiken, etwa 4,3 Prozent Muslime, etwa 1,9 Prozent Protestanten, rund ein Prozent Buddhisten und 0,6 Prozent Juden. Die übrigen sind meist konfessionslos.

Iran: Hauskirche gestürmt

Mindestens fünf Christen wurden festgenommen Karadsch (idea) – Im Iran sind mindestens fünf Christen festgenommen worden, weil sie sich am 14. August in einer Hauskirche in Karadsch versammelt hatten. Drei von ihnen wurden inzwischen gegen Kautions auf freien Fuß gesetzt. Wie der Nationalrat des Widerstands im Iran berichtet, hatten bewaffnete Sicherheitskräfte in Zivil die Versammlung gestürmt und die Anwesenden beleidigt und geschlagen. Sie hätten ihre Bibeln beschlagnahmt und die Satellitenschüsseln am Gebäude abmontiert. Die schiitische Regierung des Irans gehe verstärkt gegen religiöse Minderheiten vor. So habe sie im Juli eine sunnitische Gebetschale in Teheran abgerissen. Von den 78,1 Millionen Einwohnern des Irans sind 99 Prozent Muslime, davon etwa 90 Prozent Schiiten und zehn Prozent Sunniten. Daneben gibt es etwa 300.000 Anhänger der verbotenen Baha'i-Religion und rund 150.000 orthodoxe armenische und assyrische Christen. Die Gesamtzahl der Christen, zu denen auch Evangelikale zählen, die vom Islam konvertiert sind, wird auf über 300.000 geschätzt. Der Übertritt von Muslimen zum Christentum ist in der Islamischen Republik aufgrund des Religionsgesetzes Scharia verboten und kann mit dem Tode bestraft werden.

IS: Christen fordern mehr Einsatz gegen IS

Aramäer: Der Westen scheint gegenüber dem Terror abgestumpft zu sein Heidelberg/Washington (idea) – Die Terrororganisation „Islamischer Staat“ (IS) setzt ihre Gräueltaten mit unverminderter Brutalität fort. So hat die Miliz nach eigenen Angaben den vor drei Wochen in Ägypten entführten Kroaten **Tomislav Salopek** enthauptet. In Syrien sind Hunderte entführte Christen ebenfalls vom Tode bedroht. Inzwischen mehren sich die Stimmen, die dem Westen angesichts der fortgesetzten Tragödie im Mittleren und Nahen Osten Untätigkeit vorwerfen. Nach Angaben des syrisch-orthodoxen Erzbischofs Mor Silvanus Petros Al-Nemeh (Homs) befinden sich noch **270 aramäische Christen** in der Gewalt schwer bewaffneter IS-Milizen. Die Geiseln wurden am 7. August aus der Stadt Karjatain zum großen Teil aus einer Kirche vertrieben und verschleppt. Darunter sind ältere Menschen, Kinder und schwangere Frauen. IS hält auch immer noch 205 syrische Christen gefangen, die Ende Februar beim Überfall auf 35 Dörfer am Fluss Khabur entführt wurden. Insgesamt wurden 3.000 vertrieben. Inzwischen hat IS 22 Assyrier, darunter 14 Frauen, freigelassen. Der Bundesverband der Aramäer in Deutschland (Heidelberg) fordert die Bundesregierung und die Staatengemeinschaft auf, sich mit aller Entschlossenheit für die Entführten einzusetzen. Jeder Tag könne entscheidend sein. Der Bundesvorsitzende Danyel Demir: „Was mit Christen und Andersgläubigen bzw. Andersdenkenden derzeit im Nahen Osten unter IS-Herrschaft geschieht, scheint auch die westliche Welt abgestumpft zu haben.“ In Deutschland leben etwa 100.000 christliche Aramäer, in der EU rund 300.000.

Westen – stiller Komplize der Christenverfolgung?

Auch der katholische Erzbischof Maroun Elias Nimeh Lahham, Patriarchalvikar für Jordanien beklagt, dass sich die internationale Staatengemeinschaft zu wenig engagiere. Sie mache sich zum „stillen Komplizen“ der Christenverfolgung, sagte er einem Bericht des Informationsdienstes Catholic World News zufolge. Der frühere Stabschef von US-Präsident George W. Bush, John Sununu, warf der Regierung von Präsident Barack Obama vor, der christlichen „Tragödie“ im Irak und Syrien weitgehend gleichgültig gegenüberzustehen. Sununu: „Ich kann gar nicht glauben, dass diese Regierung und dieser Präsident nicht verstehen, dass da eine konzertierte Aktion im Gange ist, die die christliche Gemeinschaft im Irak und in Syrien zerstören will. Sie werden abgeschlachtet.“ Obama ist von Republikanern dafür kritisiert worden, dass er es vermieden hat, ausdrücklich Christen als Verfolgte zu benennen.

IS strebt die Weltherrschaft an

IS hat seit Juni 2014 hunderttausende Christen, Jesiden und gemäßigte Muslime aus dem Nordirak und Syrien vertrieben und dort ein Kalifat eingerichtet, in dem das Religionsgesetz Scharia mit brutalsten Mitteln durchgesetzt wird. Wer sich IS widersetzt, muss damit rechnen, gekreuzigt, geköpft oder vergewaltigt zu werden. Mädchen und Frauen werden als Sexsklavinnen auf Märkten verkauft. IS plant, ein Kalifat für alle 1,6 Milliarden Muslime zu errichten. Eine „letzte Schlacht“ solle dazu führen, dass der Islam ganze Welt beherrsche, heißt es in einem Rekrutierungsdokument. Darin kündigt IS an, jeden zu köpfen, der sich gegen Allah auflehne. Seit einem Jahr bekämpft eine US-geführte Militärallianz IS in Syrien und dem Irak. Doch obwohl etwa 10.000 Dschihadisten durch Luftangriffe getötet wurden, hat sich die Zahl der Kämpfer nicht verringert, weil es dem IS gelingt, ständig neue zu rekrutieren. Die Gesamtzahl soll sich auf 20.000 bis 30.000 belaufen.

IS: Kindesmissbrauch als religiöses Recht angesehen

Vergewaltiger einer Zwölfjährigen betet vorher und nachher zu Allah New York/Lake Forest (idea) – Die Terrororganisation „Islamischer Staat“ (IS) treibt die Perversität ihrer Gräueltaten auf die Spitze: IS-Kämpfer sehen die Vergewaltigung von nicht-muslimischen Mädchen und Frauen als ihr religiöses Recht an. Das geht aus einem Bericht der Zeitung New York Times hervor, über den der christliche Informationsdienst Assist (Lake Forest/Kalifornien) berichtet. Danach hat sich ein IS-Kämpfer wiederholt an einem zwölfjährigen jesidischen Mädchen vergangen, das sich als Geisel in seiner Gewalt befand. Er habe jeweils vor und nach der Tat auf Knien zu Allah gebetet und behauptet, dass der Koran ihm nicht nur das Recht gebe, „Ungläubige“ zu vergewaltigen, sondern ihn auch dazu ermutige. Indem er sich an ihr vergehe, komme er Allah näher. Er habe sein Opfer gefesselt und geknebelt. Das Mädchen hatte nach elfmonatiger Gefangenschaft in ein Flüchtlingslager fliehen können. Einem in diesem Sommer aufgetauchten Handbuch des IS zufolge ist erzwungener Sex mit christlichen und jüdischen Frauen ebenfalls erlaubt. Eine 34-jährige Jesidin, die in der syrischen Stadt Shadadi als „Sklavin“ in einem Haushalt wiederholt vergewaltigt wurde, berichtete, dass es einem Mädchen noch viel schlechter ergangen sei als ihr. Das Kind sei verletzt worden und habe unter schweren Entzündungen gelitten.

IS-Anführer vergewaltigte US-Geisel Kayla Mueller

IS hat in seinem Herrschaftsgebiet die Sklaverei wieder eingeführt. Bewährte IS-Kämpfer erhalten zur Belohnung „Sex-Geschenke“. Wie jetzt weiter bekannt wurde, hat IS-Anführer Abu Bakr al-Baghdadi die im Februar getötete US-Geisel Kayla Jean Mueller regelmäßig vergewaltigt. Die britische Zeitung „Independent“ (London) beruft sich dabei auf Informationen einer 14-jährigen Jesidin, die vor einem Jahr mit der 26 Jahre alten Entwicklungshelferin gefangen gehalten wurde. Mueller soll vier jesidische Mädchen vor weiteren Vergewaltigungen bewahrt haben, indem sie eine „Mutterrolle“ übernommen und sich selbst zur Verfügung gestellt habe. Muellers Eltern haben diese Berichte nach Angaben des US-Fernsehsenders ABC bestätigt. Unklar ist, wie ihre Tochter zu Tode kam. Laut IS wurde sie bei einem jordanischen Luftangriff auf die syrische Stadt Rakka getötet. Doch die US-Behörden bestätigen dies nicht. Nach ihren Erkenntnissen ist IS eindeutig für ihren Tod verantwortlich.

Mueller war eine gottesfürchtige Frau

Kayla Mueller war eine zutiefst gottesfürchtige Frau. Das geht aus Briefen hervor, die entkommene Mitgefangene ihrer Familie in Prescott (Bundesstaat Arizona) zukommen ließen. Mueller war am 4. August 2013 vor einem Krankenhaus der humanitären Organisation „Ärzte ohne Grenzen“ in Aleppo verschleppt worden. IS forderte sieben Millionen US-Dollar Lösegeld für ihre Freilassung. In einem aus der Geiselhaft geschmuggelten Brief schilderte sie ihre Erfahrungen mit Gott: „Ich denke daran, dass Mama immer gesagt hat, letztendlich ist Gott der einzige, den man hat. Ich bin jetzt an die Stelle meiner Erfahrung gekommen, dass ich mich im wahrsten Sinne des Wortes unserem Schöpfer ausliefere, denn es gibt buchstäblich nichts anderes.“ 2011 hatte sie in einem Geburtstagsgruß ihrem Vater Carl mitgeteilt: „Manche Menschen finden Gott in der Kirche, manche in der Natur, manche in der Liebe. Ich finde Gott im Leiden.“

Malediven: Nicht-Muslime werden verfolgt und geächtet

Keine Religionsfreiheit auf den Trauminseln München (idea) – Die Malediven im Indischen Ozean sind die Trauminseln der Deutschen. Sie führen laut einer Umfrage des Reiseportals lastminute.de (München) die Liste der schönsten Inseln an – vor Hawaii, der thailändischen Inselgruppe, Mallorca und den Seychellen. „Die Malediven bezaubern mit endlosen weißen Sandstränden, kristallklarem Wasser, einsamen Buchten und romantischen Sonnenuntergängen“ – so schwärmt das Reiseportal von diesem Urlaubsparadies. Doch für religiöse Minderheiten sind die islamisch regierten Malediven alles andere als zauberhaft oder paradiesisch. Für Nicht-Muslime gibt es überhaupt keine Religionsfreiheit. Der Islam ist Staatsreligion. Es gilt das Religionsgesetz Scharia, das unter anderem den Übertritt vom Islam zu einer anderen Religion verbietet. Die öffentliche Ausübung des christlichen Glaubens wird strafrechtlich geahndet, denn die Regierung betrachtet sich als Hüterin und Verteidigerin des Islam. Sie hat das muslimische Glaubensbekenntnis zur Bedingung für die maledivische Staatsbürgerschaft erhoben. Die wenigen Christen unter den 330.000 Inselbewohnern werden vom Staat systematisch verfolgt.